

Gipfel im bayerischen Elmau

G7: Gutes Klima zahlt sich aus

Die Kulisse: malerisch. Die Kompromisse: alles andere als marginal. Die Staats- und Regierungschefs der sieben größten Industrienationen einigten sich unter Leitung der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel beim G7-Gipfel im bayerischen Elmau auf zukunftsweisende Ziele. So sollen unter anderem der Klimawandel bekämpft und die Produktionsbedingungen in Entwicklungsländern verbessert werden.



Foto: picture alliance/geisler-fotopress

Bundeskanzlerin Angela Merkel mit den sieben Staats- und Regierungsschefs sowie EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker.

Das Klima unter den Staats- und Regierungschefs scheint im bayerischen Elmau hervorragend gewesen zu sein. Selbst die, die zuvor noch friedlich demonstrierten, lobten hinterher die Ergebnisse. Das klare Bekenntnis den weltweiten Temperaturanstieg unter zwei Grad Celsius zu halten und der Ausstieg aus fossilen Brennstoffen bis zum Ende des Jahrhunderts sind Meilensteine in der Klimapolitik. „Das ist eine Entscheidung, die sehr wichtig ist“, sagte die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe Gerda Hasselfeldt. „Wer das Klima global schützen will, muss global handeln“, ergänzte auch Dr. Georg Nüsslein (CSU), stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Die Bundeskanzlerin habe in Elmau entscheidende Impulse gesetzt. Auch in Bezug auf die Arbeitsstandards in Entwicklungsländern: Die G7 unterstützen einen Fonds für bessere Produktionsbedingungen.

Gemeinsames Wertefundament als Grundlage

Die Staats- und Regierungschefs von Deutschland, USA, Frankreich, Italien, Kanada, Japan und Großbritannien treffen sich jährlich, um über internationale Probleme zu diskutieren. Bis zur völkerrechtswidrigen Annexion der Krim nahm auch Russland an den Treffen teil. „Es ist nicht nur eine ökonomische Angelegenheit, sondern auch ein gemeinsames Wertefundament, welches der Arbeit dieser Staaten zu Grunde liegt“, betonte Hasselfeldt. Zu diesen gemeinsamen Werten zählten Freiheit, Demokratie und Menschenrechte, aber auch die Rechtsstaatlichkeit, die Wahrung des Völkerrechts und der territorialen Integrität. In Elmau wurde auch die geschlossene Haltung in Bezug auf Russland deutlich – ein Ende der Sanktionen sei an die Umsetzung des Minsker Abkommens gebunden, stellten die sieben Staaten klar. Im Vordergrund stehe weiterhin eine diplomatische Lösung.



Sehr geehrte Damen und Herren,

sich wirklich gut zu verstehen heißt die Sprache des anderen zu verstehen. Dies gilt gerade auch im Verhältnis zu unseren französischen Nachbarn. In Deutschland lernen mit steigender Tendenz rund 18% der Schüler Französisch, in Frankreich rund 15% der Schüler Deutsch.

Nun plant Paris, den Deutsch-Unterricht in den Mittelschulen zu reduzieren: Ab dem Schuljahr 2016 sollen die zweisprachigen Klassen abgeschafft werden, an denen derzeit rund 90.000 Schüler in Deutsch unterrichtet werden. Die Schulstunden für Deutsch würden damit weniger werden.

Als Vizepräsident des Deutschen Bundestages habe ich es mir zur Aufgabe gemacht, für die deutsche Sprache zu werben. Daher habe ich Anfang Juni hochrangige Gespräche in Paris zur Förderung der deutschen Sprache in französischen Schulen geführt: Mit dem Vorsitzenden der französisch-deutschen Parlamentariergruppe in der Assemblée Nationale Pierre-Yves Le Borgn' und dem Kabinettschef im Ministerium für Bildung, Hochschulwesen und Wissenschaft Bertrand Gaume.

Folgende Initiativen werde ich ergreifen:

Das Thema soll bei den nächsten deutsch-französischen Regierungskonsultationen auf die Tagesordnung kommen. Und wie könnte eine Bundestagsinitiative gestaltet werden mit folgendem Ziel: Unser Interesse an der Beibehaltung des Deutsch-Unterrichtes im bisherigen Umfang zu unterstreichen.

Bevor die Reform zu den bestehenden zweisprachigen Klassen umgesetzt wird, sollten unsere französischen Freunde überlegen: Könnte nicht ein Überprüfungszeitraum von fünf Jahren vorgesehen werden, in dem zunächst alle anderen Pläne im Zusammenhang überprüft werden, bevor die zweisprachigen Klassen abgeschafft werden.

Johannes Singhammer MdB

Entlastung für die Wirtschaft

Weniger Bürokratie, weniger Belastung

One in – one out: Künftig soll für jedes neue Gesetz, welches zusätzliche Bürokratie verursacht, eine alte Regel weichen. Dieses Prinzip soll zusammen mit weiteren Maßnahmen insbesondere der mittelständischen Wirtschaft helfen. Am Donnerstag wurde der Gesetzentwurf im Deutschen Bundestag in erster Lesung debattiert.

Insgesamt wird die Wirtschaft durch die sogenannte Bürokratiebremse um mehr als 500 Millionen Euro entlastet. Dies soll unter anderem dadurch geschehen, dass künftig mehr kleine Unternehmen als bisher von den Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten befreit werden. Außerdem sollen Existenzgründer später als bisher statistische Meldepflichten wahrnehmen. Darüber hinaus sieht das Gesetz Erleichterungen im Steuerverfahrensrecht vor.

Dass bürokratische Hürden die Wirtschaft belasten können, sieht man aktuell beim Thema Mindestlohn. Unternehmer und Vereine schilderten jüngst zum „Praxis-Check Mindestlohn“ der CSU-Landesgruppe ihre



Foto: picture alliance/blickwinkel

Erfahrungen und Auswirkungen. Sie klagten vor allem über die überbordende Bürokratie in Form der Dokumentationspflichten und der Auftraggeberhaftung.

Auch der Bericht der Bundesregierung und eine Stellungnahme des

Normenkontrollrates hatten kürzlich zusätzliche Kosten für die Wirtschaft durch das Mindestlohngesetz in Milliardenhöhe festgestellt. CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt stellte klar: „Der Mindestlohn bleibt auf der Tagesordnung bis die Probleme vernünftig gelöst sind.“

Diese Woche

Gipfel im bayerischen Elmau G7: Gutes Klima zahlt sich aus	1
Entlastung für die Wirtschaft Weniger Bürokratie, weniger Belastung	2
Herzlichen Glückwunsch! Der „Brückenbauer“ wird 50	2
Vorratsdatenspeicherung Zum Schutz der Bürger: Freiheit braucht Sicherheit	3
Neue Gesprächsreihe Deutschland und der Islam	3
Gesunde Ernährung Wissen, was man isst	3
Versorgungsstärkungsgesetz Zum Wohl der medizinischen Versorgung	4
Mehr IT-Sicherheit „Schrittmacher auf europäischer Ebene“	4

IMPRESSUM:

Der Meinungsbeitrag auf S. 1 gibt die persönliche Auffassung des betreffenden Abgeordneten wieder.
Foto Editorial: Henning Schacht

Verantwortliche Redakteurin: Linda Dietze
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information und darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Herzlichen Glückwunsch!

Der „Brückenbauer“ wird 50

Geboren und aufgewachsen in Rumänien, verwurzelt in Bayern: 1984 kam Dr. Bernd Fabritius nach Deutschland, studierte an der Bayerischen Beamtenfachschule, später Jura und Politikwissenschaften. Heute ist er Bundestagsabgeordneter und Präsident des Bundes der Vertriebenen. Jüngst wurde Fabritius 50 Jahre alt. Herzlichen Glückwunsch!



Dr. Bernd Fabritius

Foto: Sava, München

Er gilt als sachlicher Versöhner zwischen den Nationen. „Er ist unser Brückenbauer“, sagte auch CSU-Landgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt, die Bernd Fabritius ver-

gangene Woche in Berlin mit herzlichen Worten zum runden Geburtstag gratulierte. Bernd Fabritius gehörte zur deutschsprachigen Minderheit in Rumänien – der Siebenbürger Sachsen. Seit 2007 ist er der Bundesvorsitzende des Verbandes in Deutschland, seit kurzem auch der Präsident des Bundes der Vertriebenen. Er sei ein warmherziger, weltoffener und gebildeter Mensch, der hinter die Dinge blicke und sachlich analysiere, sagte Hasselfeldt. Deshalb sitze er an der richtigen Stelle im Parlament. Seit 2013 ist er Bundestagsabgeordneter für die CSU, Mitglied im Ausschuss für Menschenrechte und seit kurzem im Auswärtigen Ausschuss sowie Vorsitzender des Unterausschusses für auswärtige Kultur- und Medienpolitik. Außerdem ist er stellvertretender Vorsitzender der deutsch-rumänischen Parlamentariergruppe.

Vorratsdatenspeicherung

Zum Schutz der Bürger: Freiheit braucht Sicherheit

Was lange währt, wird endlich gut: Bisher lehnte der Koalitionspartner eine Sicherung von Verkehrsdaten ab, am Freitag nun hat der Deutsche Bundestag in erster Lesung über die sogenannte Vorratsdatenspeicherung debattiert. Die CSU-Landesgruppe hatte dieses Gesetz seit langem gefordert, zuletzt auf der Klausurtagung im Januar in Wildbad Kreuth.

Die Balance zwischen Sicherheit und Freiheit ist der Kern jedes Rechtsstaates. Im Kampf gegen den zunehmenden weltweiten Terrorismus ist es Aufgabe des Staates, die Bürger zu schützen. Der jetzige Gesetzentwurf sei eine geeignete und verhältnismäßige Antwort des wehrhaften und demokratischen Rechtsstaates, so Dr. Volker Ullrich (CSU), in seiner Rede.

Im Einzelnen sieht der Gesetzentwurf vor, bestimmte Verkehrsdaten, zum Beispiel die Rufnummer, Zeitpunkt und Dauer des Anrufes oder die Zuordnung der IP-Adresse zu speichern. Dabei geht es lediglich darum, wann und wie lange ein Nutzer auf das Internet mit einer bestimmten IP-Adresse zugegriffen hat. Nicht gespeichert werden die Inhalte von Telefongesprächen, welche Inter-



Foto: picture alliance/chromorange

netseiten aufgerufen worden sind oder der Versand und der Inhalt von E-Mails. Staatsanwaltschaften ist es nach dem neuen Gesetz möglich, bei schweren Straftaten, zum Beispiel terroristischen Taten oder Kinderpornografie die Verkehrsdaten in ihre Er-

mittlungen einzubeziehen. Der Staat könne sich nicht seiner Verantwortung entziehen, wenn die Grundlage des Zusammenlebens erschüttert werde, so Ullrich. Denn Freiheit und Sicherheit sind keine Gegensätze, sondern bedingen einander.

Neue Gesprächsreihe



Foto: CSU-Landesgruppe

Deutschland und der Islam

„Ist der Islam mit Deutschland kompatibel?“ Die Auftaktveranstaltung der neuen Gesprächsreihe der CSU-Landesgruppe beschäftigte sich mit einer wichtigen und grundsätzlichen Frage. Als Experten waren der Journalist Abdul-Ahmad Rashid sowie der Direktor des Zentrums für islamische Theologie der Universität Tübingen, Prof. Dr. Erdal Toprakyan, geladen.

Die CSU-Landesgruppe nehme mit den Gesprächen einen wichtigen öffentlichen Diskurs auf, der die Bedenken der Menschen widerspiegeln, um verantwortungsvolle Antworten aufzuzeigen, stellte Alexander Radwan (CSU) klar, der Initiator des Dialogs ist. Bei der ersten Veranstaltung skizzierte Toprakyan die unterschiedliche Färbung des Islams in verschiedenen Ländern und seine wechselseitigen Beziehungen mit der Kultur vor Ort. Der Journalist Abdul-Ahmad Rashid berichtete von den aktuellen Herausforderungen des Islams in der deutschen Gesellschaft.

Gesunde Ernährung



Foto: picture alliance/foodcollection

Wissen, was man isst

Gesunde Ernährung stärken – Lebensmittel wertschätzen: So lautet ein Antrag der Koalitionsfraktionen, der am Donnerstag im Bundestag debattiert wurde. „Immer weniger Menschen wissen, was sie zu sich nehmen, was drin ist im Fertigprodukt, was ihr Körper braucht, um gesund oder gar fit zu sein“, sagte Marlene Mortler, Vorsitzende des Arbeitskreises Ernährung und Landwirtschaft, Umwelt, Naturschutz, Bau- und Reaktorsicherheit der CSU-Landesgruppe.

Schon Kinder und Jugendliche sollen stärker über Ernährung aufgeklärt werden. Deshalb fordern die Koalitionsfraktionen in Schulen für gesundes Essen zu sensibilisieren. „Wir müssen Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit geben, mehr über den Ursprung ihrer Nahrung zu erfahren. Wissen ist Grundlage für Wertschätzung“, so Mortler. Die vielfältigen Informationsangebote des Bundes sollten deshalb in Zukunft von einer Institution koordiniert werden.

Versorgungsstärkungsgesetz

Zum Wohl der medizinischen Versorgung

Bessere Versorgung, schnellere Termine, mehr Ärzte auf dem Land. Mit dem GKV-Versorgungsstärkungsgesetz hat der Deutsche Bundestag am Donnerstag ein ganzes Bündel an Verbesserungen für Patienten beschlossen. Herzstück des Gesetzes sind Anreize für junge Ärzte, sich in strukturschwachen Regionen niederzulassen.

„Mit diesem Gesetz liegt ein ausgewogenes Gesamtpaket vor uns“, stellte Reiner Meier (CSU) vor dem Deutschen Bundestag klar. Für uns als Union steht eines fest: Der freiberufliche Arzt bleibe eine zentrale Säule der Gesundheitsversorgung in Deutschland. Doch mit dem neuen Gesetz sollen für Ärzte auch flexiblere Möglichkeiten geschaffen werden – zum Beispiel bei der Gründung medizinischer Versorgungszentren. Außerdem soll der Hausarztberuf durch spezielle Weiterbildungsangebote gestärkt und junge Ärzte durch gezielte Anreize in strukturschwache Regionen gelockt werden. So können diese nach fünfjähriger Tätigkeit im ländlichen Raum in die Ballungszentren zurückkehren, ganz gleich wie hoch dort der Versorgungsgrad ist. In Gebieten mit Versorgungsgrad über 140 Prozent sollen Praxen künftig aufgekauft werden – Entscheidungen darüber trifft aber die Ärzteschaft selbst. Im sogenannten Zulassungsausschuss wird jeder Einzelfall genau geprüft.



Foto: picture alliance/bildagentur online

Das wurde beschlossen:

- ◆ Stärkung der Anreize für Ärzte sich im ländlichen Raum niederzulassen
- ◆ Schnellere Termine beim Facharzt: Maximale Wartezeit von vier Wochen
- ◆ Förderung der Vernetzung zwischen ambulanten und stationären Ärzten sowie der Errichtung medizinischer Versorgungszentren
- ◆ Einholen einer ärztlichen Zweitmeinung vor Operationen
- ◆ Gezielte Projektförderung durch einen Innovationsfonds
- ◆ Strukturierte Behandlungsprogramme für chronisch Kranke
- ◆ Zusätzliche Leistungen für Pflegebedürftige und Menschen mit Behinderung
- ◆ Anspruch auf Krankengeld von dem Tag an, an dem die ärztliche Arbeitsunfähigkeit festgestellt wurde

Mehr IT-Sicherheit

„Schrittmacher auf europäischer Ebene“

Die digitale Infrastruktur ist das Rückgrat unserer modernen Gesellschaft. Wirtschaft und Bürger profitieren hiervon in vielfältiger Weise. Gleichzeitig wächst aber auch die Abhängigkeit. Am Freitag hat der Deutsche Bundestag das IT-Sicherheitsgesetz beschlossen.

Das von der Bundesregierung vorgelegte IT-Sicherheitsgesetz enthält Anforderungen für die Betreiber „kritischer Infrastrukturen“. Diese sind für das Funktionieren des Gemeinwesens besonders wichtig. Dazu gehören unter anderem die Bereiche der Wasserversorgung, der Gesundheitsversorgung oder der Verkehrswege. Unternehmen in diesen Bereichen sollen zukünftig einen Mindeststandard an IT-Sicherheit einhalten und erhebliche IT-Sicherheitsvorfälle an das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) melden. Die beim BSI zusammenlaufenden Informationen werden dort ausgewertet

und anderen vergleichbaren Betreibern kritischer Infrastrukturen zur Verfügung gestellt. Diese können damit zielgerichtete Schutzmaßnahmen ergreifen. Ein weiterer Schritt erfolgt im Kampf gegen Cyberkriminalität: Zur Verbesserung der IT-Sicherheit im Internet werden die Anforderungen an Telekommunikations- und Telemediendienste erhöht.

„Wir sind mit dem Gesetz auch Schrittmacher auf europäischer Ebene“, sagte Stephan Mayer, innenpolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe. Denn IT-Sicherheit könne nie an nationalen Grenzen enden.



Foto: picture alliance/blickwinkel